

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich

Sitzungstermin: Montag, 20.09.2010

Raum: Ratssaal des Rathauses

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr

Sitzungsende: 18:41 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Hans-Dieter Röben CDU

ordentliche Mitglieder

Herr 1. stv. BM Dieter von Essen CDU

Frau Susanne Lamers CDU

Herr Alfons Langfermann CDU

Herr Klaus Hillen UWG für Rainer Zörgiebel

Herr Jürgen Haake FDP

Herr Rüdiger Kramer SPD

Herr Lars Krause SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr Dieter Güttler SPD für Werner Skirde

Herr Gerd Langhorst B90/Grüne

Verwaltung

Herr Günther Henkel

Herr Hans-Hermann Ammermann

Herr Fritz Sundermann

Herr Stefan Unnewehr

Herr Ralf Kobbe Protokoll

Herr Jörn Rabius

Herr Jörg-Hendrik Kunze bis einschl. TOP 5

Gäste

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

Herr Ulrich Beyer von der DB ProjektBau GmbH bis einschl. TOP 4

sowie 11 weitere Zuhörer

Entschuldigt fehlen:

ordentliche Mitglieder

Herr Rainer Zörgiebel UWG

Herr Werner Skirde SPD

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.08.2010
- 4 Bahn-Ausbaustrecke Oldenburg-Wilhelmshaven - Planfeststellungsabschnitt 2
Vorlage: 2010/139
- 5 Neubewertung der A20 (A22) - Antrag Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2010/137
- 6 Sanierung des Hirschttores - Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 2010/142
- 7 Verbleib des "Kletterelefanten" aus dem Rasteder Freibad - Antrag FDP-Fraktion
Vorlage: 2010/108
- 8 Deckenprogramm 2010
Vorlage: 2010/143
- 9 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011
Vorlage: 2010/119
- 10 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der stv. Ausschussvorsitzende Herr Röben eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 16:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der stv. Ausschussvorsitzende Herr Röben stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind elf stimmberechtigte Mitglieder.

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 10.08.2010

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 10.08.2010 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Bahn-Ausbaustrecke Oldenburg-Wilhelmshaven - Planfeststellungsabschnitt 2
Vorlage: 2010/139

Sitzungsverlauf:

Herr Ulrich Beyer von der DB ProjektBau GmbH stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1 der Niederschrift) analog zur Informationsveranstaltung am Mittwoch, 15. September 2010, in der Aula der KGS noch einmal das Planfeststellungsverfahren zur Bahnausbaustrecke Oldenburg-Wilhelmshaven sowie den angestrebten Zeitplan und den vorgesehenen Schallschutz vor.

Auf Nachfrage von Herrn Kramer und Herrn Langhorst erläutert Herr Beyer, dass der Bereich Neusüdende im Planfeststellungsabschnitt (PFA) 1 im Zusammenhang mit den Maßnahmen in der Stadt Oldenburg beplant wird. Zum jetzigen Zeitpunkt sind nur die Maßnahmen des PFA 2 zu beurteilen.

Herr von Essen erkundigt sich, ob und inwieweit Lärmschutz für die geplante Schotteraufbereitungsanlage in Bekhausen vorgesehen ist.

Herr Beyer führt aus, dass für die Anlage kein besonderer Lärmschutz angezeigt ist, gegebenenfalls kann eine Einschränkung der Betriebszeiten in den Nachtstunden realisiert werden.

Herr Henkel führt aus, dass der Gemeinde Rastede schon bewusst ist, dass die von Herrn Beyer erwähnten vorgesehenen Lärmschutzmaßnahmen eine besondere Situation darstellen und nicht selbstverständlich sind. Gleichwohl wird die Gemeinde Rastede durch einen Fachanwalt und einen Fach-Techniker prüfen lassen, was trotz Lärmschutz an Immissionen hingenommen werden muss, um letztendlich als Träger öffentlicher Belange und als Grundstückseigentümer eine sachgerechte Stellungnahme bis zum 6. Oktober vorbringen zu können. Hinsichtlich des weiteren Vorgehens führt er aus, dass nicht sichergestellt werden kann, dass zum Verwaltungsausschuss am 28. September die abschließende Stellungnahme vorliegt, sodass die Verwaltung wie im Beschlussvorschlag schon formuliert ermächtigt werden müsste, die fachanwaltlich begleitete Stellungnahme ohne weitere politische Beratung abzugeben.

Herr von Essen führt aus, dass trotz Lärmschutz zum Teil erhebliche Überschreitungen der Lärmobergrenzen erfolgen, sodass es richtig und sinnvoll ist einen Fachanwalt einzuschalten, um auch im Sinne der Bürgerinnen und Bürger letztendlich einen bestmöglichen Lärmschutz erzielen zu können.

Herr Kramer schließt sich den Ausführungen von Herrn Henkel und Herrn von Essen an und bemerkt, dass aufgrund des engen Zeitfensters der Verwaltung freie Hand gegeben werden soll, um eine für Rastede optimale Stellungnahme erarbeiten zu können. Er macht in diesem Zusammenhang noch einmal deutlich, dass die betroffenen Bürger in Form einer schriftlichen Einwendung selbst tätig werden müssen, um später gegebenenfalls Rechtsmittel einlegen zu können.

Herr Kramer hinterfragt, ob der Lärmschutz erst dann errichtet wird, wenn die gesamte Strecke Oldenburg-Wilhelmshaven zweigleisig ausgebaut und elektrifiziert ist.

Herr Beyer erläutert, dass in den Bereichen wo Lärmschutz vorgesehen ist, der Einbau der Fundamente und Sockel für die Elektrifizierung vorgezogen werden, um zeitnah nach dem zweigleisigen Ausbau der Strecke den Schallschutz errichten zu können.

Herr Langhorst befürwortet ebenfalls den Beschlussvorschlag und begrüßt, dass die Verwaltung die Bürgerinnen und Bürger nicht mit ihren Problemen allein lässt, sondern mit Rat und Tat zur Seite steht. Er hinterfragt in diesem Zusammenhang, wie viele Einwendungen bislang eingegangen sind.

Herr Henkel führt aus, dass im Rathaus bis heute rund zwei Dutzend Einwendungen vorliegen.

Herr Langhorst und Herr Kramer regen noch einmal an, den Ortsteil Neusüdende gemeinsam mit Rastede zu betrachten und dies auch in der gemeindlichen Stellungnahme zum Ausdruck zu bringen, damit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort kein Nachteil entsteht.

Auf Nachfrage von Herrn Hillen legt Herr Beyer dar, dass von den 130 prognostizierten Zügen in 24 Stunden, sich rund 90 auf den Tag verteilen und zwischen 22 und 6 Uhr knapp 40 Züge zu erwarten sind.

Beschlussempfehlung:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine fachanwaltlich begleitete Stellungnahme gegenüber der Bahn für das Planfeststellungsverfahren des Planfeststellungsabschnittes 2 (und später des Abschnittes 1) - Ausbaustrecke Oldenburg - Wilhelmshaven abzugeben. Dabei sind Einwendungen insbesondere in Bezug auf die prognostizierten Schallimmissionen unter Berücksichtigung der bauleitplanerischen Bedingungen in den Ortsteilen der Gemeinde Rastede geltend zu machen mit dem angestrebten Ziel, die Immissionsgrenzwerte für Lärmvorsorge einzuhalten.
2. Soweit die Einwendungen der Gemeinde Rastede als Träger öffentlicher Belange keine sachgerechte Berücksichtigung finden, bleibt die abschließende Klärung gegebenenfalls einer rechtlichen Auseinandersetzung vorbehalten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 5

Neubewertung der A20 (A22) - Antrag Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2010/137

Sitzungsverlauf:

Herr Langhorst erläutert eingangs umfassend seinen Antrag und stellt besonders heraus, dass per Erlass des Bundesverkehrsministeriums die Variante West 3 linienbestimmt ist und somit die bislang favorisierte Variante West 2 nicht mehr durchsetzbar ist. Damit ist aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen quasi die Geschäftsgrundlage für die grundsätzliche Zustimmung zur Küstenautobahn entzogen worden, da die Erwartungen an eine bessere verkehrliche Infrastruktur und damit verbundenen wirtschaftlichen Standortvorteilen nicht mehr gegeben sind. Vor diesem Hintergrund spricht er sich dafür aus, Alternativen zum Autobahnbau wie etwa den stellenweise dreispurigen Ausbau der Bundesstraßen 437 und 211 mit entsprechenden Ortsumfahrten weiter zu verfolgen.

Herr von Essen macht deutlich, dass die Gemeinde Rastede nicht Bauherr der Küstenautobahn A20 ist und es mehr als ärgerlich ist, dass aufgrund eines faktischen Naturschutzgebietes die Vorzugsvariante West 2 bei der Linienbestimmung nicht mehr erste Wahl ist. Er unterstreicht ebenso wie Herr Langhorst, dass die Variante West 3 mit einem Autobahnkreuz in Bekhausen und einer Abfahrt in Südbollenhagen für die Gemeinde Rastede nicht die gewünschten Vorteile mit sich bringt und insbesondere Hahn-Lehmden stark belastet. Darüber hinaus hat aber sowohl das Bundesverkehrsministerium als auch der niedersächsische Wirtschaftsminister Bode der Gemeinde Rastede zugesichert, dass Trassenvergleichspapiere für die Varianten West II und West III erstellt werden, sodass nach wie vor die Variante West 2 noch eine Chance auf Realisierung hat.

Herr Kramer schließt sich den Ausführungen von Herrn von Essen an und ergänzt, dass das Schutzgut Mensch nicht völlig außer acht gelassen werden darf und obendrein das faktische Vogelschutzgebiet noch nicht festgesetzt ist, sodass sich durchaus noch Möglichkeiten ergeben, die Variante West 2 nach vorn zu bringen. Hinsichtlich des Antrages von Herrn Langhorst führt er aus, dass der erste Teil durchaus mitgetragen werden kann, der Absatz 2 mit der Suche nach Alternativen für den Autobahnbau jedoch strikt abgelehnt wird.

Herr Langhorst erwidert, dass sich der Rat der Gemeinde Rastede bei der Trassenfindung an den Realitäten und Rechtsgrundlagen orientieren sollte, die eindeutig belegen, dass die für Rastede unsinnige Variante West 3 im weiteren Verfahren gesetzt ist.

Herr Krause betont, dass der Bau der Küstenautobahn A20 beschlossen und von überregionalem Interesse ist und jetzt nicht aufgrund eines möglichen Variantenwechsels grundsätzlich in Frage gestellt werden kann.

Herr Langfermann ergänzt, dass die Küstenautobahn auch im Gesamtkonzept Jade-Weser-Port zu sehen ist, sodass die vorgebrachten Alternativen wie der Ausbau der Bundesstraßen 437 und 211 wenig sinnvoll erscheinen.

Herr Henkel fasst aus den Redebeiträgen folgen Kompromiss zusammen:

- *Die Variante West 2 der geplanten Küstenautobahn A20 wird nach wie vor priorisiert.*
- *Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der möglichen Beteiligung an der Erarbeitung des Trassenentwurfspapiers die Variante West 2 mit Nachdruck einzufordern und weiter zu unterstützen.*
- *Die Verwaltung wird beauftragt, soweit die Variante West 2 keine Chance auf Realisierung hat, eine Stellungnahme zur Variante West 3 abzugeben, um für die Gemeinde Rastede eine auf dieser Grundlage verträgliche Lösung zu erzielen.*

Herr Henkel bemerkt außerdem, dass die Linienbestimmung ein innerorganisatorischer Akt ist, der ausschließlich dem Bund und das Land vorbehalten ist. Die Gemeinde Rastede wird daher versuchen über das bereits erörterte Trassenvergleichspapier Einfluss zu nehmen, um die Vorteile der Variante West 2 gegenüber der Variante West 3 noch einmal ausdrücklich heraus zu stellen. Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Langhorst macht er deutlich, dass bei einer abschließenden Festlegung auf die Variante West 3, nicht nur West 2 aus dem Rennen ist, sondern selbstredend auch der alternative Ausbau der Bundesstraßen 437 und 211.

Herr Langhorst erläutert, dass er einen Kompromiss nicht zustimmen kann, da die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen grundsätzlich gegen den Bau der A20 ist. Vor diesem Hintergrund stellt er nochmals den schriftlich vorliegenden Antrag:

- *Der Rat der Gemeinde Rastede lehnt die Route West 3 ab, da sie den bisher mehrheitlich unterstützten Erwartungen des Rates an eine verbesserte verkehrliche Infrastruktur und damit verbundenen wirtschaftlichen Standortvorteilen nicht entspricht. Die mit der Route West 3 einhergehenden Belastungen für Bürgerinnen und Bürger, Natur und Landschaft überwiegen bei weitem den versprochenen Nutzen.*
- *Der Rat fordert die Befürworter und Planer der A20 (A22) auf, die Argumente, die gegen die das Gemeindegebiet durchschneidenden Routen West 3 und West 2 sprechen, ernst zu nehmen und vorhandene Alternativen zum Autobahnbau umzusetzen. Zu diesen Alternativen gehören u.a. auch der stellenweise dreispurige Ausbau der Bundesstraßen 437 und 211 mit entsprechenden Ortsumfahrungen und Schallschutzmaßnahmen.*

Der stv. Ausschussvorsitzende Röben lässt daraufhin über den weitergehenden Antrag von Herrn Langhorst abstimmen.

Bei 1 Ja-Stimme und 10 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlung:

Die Variante West 2 der geplanten Küstenautobahn A20 wird nach wie vor priorisiert.

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der möglichen Beteiligung an der Erarbeitung des Trassenentwurfspapiers die Variante West 2 mit Nachdruck einzufordern und weiter zu unterstützen.

Die Verwaltung wird beauftragt, soweit die Variante West 2 keine Chance auf Realisierung hat, eine Stellungnahme zur Variante West 3 abzugeben, um für die Gemeinde Rastede eine auf dieser Grundlage verträgliche Lösung zu erzielen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	1
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

Sanierung des Hirschtors - Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: 2010/142

Sitzungsverlauf:

Herr Kramer erläutert ergänzend zum Antrag, dass die Mängel bei einem Rundgang mit dem Freundeskreis Schlosspark festgestellt wurden und die SPD-Fraktion der Auffassung ist, dass das ortsbildprägende Hirschtor zeitnah instand gesetzt werden muss.

Herr von Essen bemerkt, dass die Frostschäden am Hirsch und am Sockel durchaus auch über die Ratshotline hätten abgewickelt werden können. Dessen ungeachtet werden die erforderlichen Reparaturarbeiten und die Überplanung der Zufahrt mitsamt des Parkplatzes von der Mehrheitsgruppe selbstverständlich mitgetragen.

Herr Kramer bemerkt, dass sich die SPD-Fraktion um die Sache gekümmert hat und es daher legitim ist, Anträge in der vorliegenden Form zu stellen.

Herr Langhorst legt dar, dass der Antrag grundsätzlich in Ordnung ist und unterstützt wird.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird beauftragt, in diesem Herbst die Frostschäden am Hirschtor beseitigen und den beschädigten Hirsch fachgerecht reparieren zu lassen.

Die Verwaltung wird beauftragt, hinsichtlich der Gestaltung der Zuwegung und des sich daran anschließenden Parkplatzes in Absprache mit der Denkmalschutzbehörde eine Konzeptstudie mit einer Kostenschätzung zu erarbeiten und den politischen Gremien vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 7

**Verbleib des "Kletterelefanten" aus dem Rasteder Freibad - Antrag FDP-Fraktion
Vorlage: 2010/108**

Sitzungsverlauf:

Herr Haake erläutert ergänzend zum Antrag, dass der Kletterelefant über mehrere Generationen hinweg als Spielgerät bekannt und zugleich beliebt war, sodass jetzt das Gerät nicht so einfach entsorgt werden kann.

Herr von Essen bemerkt, dass der Elefant aus Sicherheitsgründen richtigerweise entfernt werden musste. Dessen ungeachtet ist aus Sicht der CDU-Fraktion auch eine Daseinsberechtigung als bepflanztes Denkmal nicht zu begründen, zumal der Sicherheitsaspekt nach wie vor ein Problem darstellt.

Herr Krause kann zwar die emotionale Bindung an den Kletterelefanten nachvollziehen, gibt aber zu bedenken, dass das Spielgerät als Klettergerüst komplett abgängig ist und als Denkmal im Ortsbild nicht akzeptabel ist.

Herr Langhorst führt aus, dass ein Denkmal das Gedächtnis der Gesellschaft ist und somit auch der blaue Elefant einen gewissen Wert als Denkmal hat. Er regt in diesem Zusammenhang an, das Spielgerät sachgerecht herzustellen und wieder im Freibad aufzubauen.

Frau Lamers legt dar, dass die Reparatur des Spielgerätes unverhältnismäßig teuer geworden wäre, sodass die Entscheidung das Gerät abzubauen, richtig war.

Herr Henkel weist darauf hin, dass der TÜV das Spielgerät aus dem Verkehr gezogen hat und die Behebung der Mängel nur mit hohem finanziellen Aufwand möglich gewesen wäre. Daraufhin hat die Verwaltung wie bei anderen abgängigen Spielgeräten auch, das Gerät auch aus Haftungsgründen abgebaut.

Herr Langhorst hält an seinen Ausführungen fest und beantragt:
- Die Verwaltung wird beauftragt, den blauen Elefanten als Spielgerät im Freibad zu erhalten und sachgerecht entsprechend den TÜV-Auflagen wiederherstellen zu lassen.

Herr Haake schließt sich dem Antragsteller an.

Sodann lässt der stv. Ausschussvorsitzende Herr Röben über den weitergehenden Antrag von Herrn Langhorst abstimmen.

Bei 2 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Beschlussempfehlung:

Der blaue Kletterelefant wird nicht weiter verwendet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	2
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

Deckenprogramm 2010

Vorlage: 2010/143

Sitzungsverlauf:

Frau Sager-Gertje zeigt sich erfreut darüber, dass zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden konnten, um das Deckenprogramm in diesem Jahr noch einmal aufnehmen zu können. Hinsichtlich ihres Antrages, die Wallstraße mit einer neuen Decke zu versehen, führt sie aus, dass es der SPD-Fraktion in erster Linie darum ging, die Straße grundsätzlich in das Deckenprogramm mit aufzunehmen, damit zu gegebener Zeit eine neue Decke aufgebracht wird.

Herr Ammermann weist darauf hin, dass es wegen der vorhandenen Verformungen in der Wallstraße nicht möglich ist, einfach eine neue Schwarzdecke aufzubringen, sondern zusätzlich auch der Unterbau erneuert werden müsste.

Auf Nachfrage von Frau Sager-Gertje erklärt Herr Ammermann, dass die beim Bau der Golfanlage entstandenen Schäden an der Straße „Am Waldrand“ von der ausführenden Firma sachgerecht repariert wurden.

Herr von Essen begrüßt ebenso wie Frau Sager-Gertje, dass das Deckenprogramm wieder aufgenommen werden konnte. Hinsichtlich der Prioritätenliste führt er aus, dass sich die Politik auf die Fachleute im Rathaus verlassen sollte, die ständig alle Gemeindestraßen im Blick haben.

Beschlussempfehlung:

1. Folgende Straßen werden 2010 mit dem Patchmatikverfahren instand gesetzt:

Alter Lehndermoorweg	Kreyenstraße
Am Hahner Busch	Lessingstraße
An der Badeanstalt	Loyerbergstraße
Bekhausermoorweg	Meenheitsweg
Birkendamm	Mollberger Weg
Dorfstraße	Mühlenstraße
Dwowed	Parkstraße
Elektrizitätsweg	Richtweg
Emsoldstraße	Ringstraße
Emsstraße	Schillerstraße
Fuldastraße	Schützenhofstraße
Hankhauser Weg	Südender Straße
Hasenbült	Talweg
Hesterstraße	Wallstraße
Hirschorweg	Wellenstraße
Im Dreieck	Wendeweg
Im Göhlen	Werkstraße
Jagdweg	Zum Roten Hahn

2. Folgende Straßen werden vollflächig mit nachfolgend genanntem Kostenumfang saniert:

• Wapelstraße / Schulstraße Einmündungsbereich	DSK	5.500 €
• Sandbergstraße / Fuldastraße Einmündungsbereich	DSK	3.000 €
• Feldstraße / von Butjadinger Str. bis Ortsschild	DSK+ Ritterbankett	30.000 €
• Mollberger Weg/ ab Ausbau bis Höhe Teich	DSK	22.000 €
• Am Waldrand / altes Stück	DOB	6.000 €
• Delfshauser Straße/ komplett	DOB	10.000 €
• Weidenstraße/ Spurrinnen	Heißeinbau	10.000 €
• Hankhauser Moorweg / komplett	Schotter + DOB	15.000 €

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 9

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011

Vorlage: 2010/119

Sitzungsverlauf:

Herr Unnewehr stellt zu Beginn der Beratung für den Geschäftsbereich 1 anhand einer umfangreichen Präsentation den Teilhaushalt 4_01 „Zentrale Gebäudewirtschaft Hochbau“ vor. Der Vortrag liegt der Niederschrift als Anlage 2 bei.

Herr Rabius stellt anschließend die Plandaten für den Teilhaushalt 6_01 „Räumliche Planung und Entwicklung, Tiefbau, Naturschutz und Landschaftspflege“, den Teilhaushalt 5_011 „Kindergärten“, den Teilhaushalt 5_021 „Schulen“ und den Teilhaushalt 5_023 „Sportplätze“ für den Geschäftsbereich 3 dar.

Im weiteren Verlauf der Haushaltsberatung gehen die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen einzelne Positionen durch. Es werden Verständnisfragen gestellt und geklärt. Einzelne Themenbereiche werden nicht näher erörtert.

Beschlussempfehlung:

Dem Haushaltsplanentwurf wird unter Berücksichtigung der Beratung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 11
Nein-Stimmen:
Enthaltung:
Ungültige Stimmen:

Tagesordnungspunkt 10

Schließung der Sitzung

Der stv. Ausschussvorsitzende Herr Röben schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 18:41 Uhr.